

AfD-Diskussion an Obertshausener Schule: Schüler in Aufruhr!

Diskussionsrunde in Obertshausen zur AfD sorgt für Kontroversen. Schüler, Abgeordnete und Lehrer im Dialog über politische Bildung.



Georg-Kerschensteiner-Schule, Obertshausen, Deutschland - Die Teilnahme eines Vertreters der AfD an einer Diskussionsrunde an der Georg-Kerschensteiner-Schule in Obertshausen hat für Aufregung gesorgt. Bei der Veranstaltung, an der zudem vier hessische Landtagsabgeordnete, darunter Katy Walther von den Grünen und Nadine Gersberg von der SPD, teilnahmen, wurde die Präsenz des AfD-Vertreters von mehreren Seiten als befremdlich empfunden. Christoph Mikushek von der CDU verteidigte die Teilnahme und betonte die Notwendigkeit eines Dialogs mit allen demokratisch wählbaren Parteien, auch wenn die AfD als rechtsextrem eingestuft wird. So berichtet **op-online**.

Die Diskussion wurde von Kumulus, einem Berliner Verein, organisiert, der die Initiative DialogP unterstützt. Schulleiter Dirk Ruber sieht sich aufgrund seiner früheren Mitgliedschaft in der AfD und seiner Nähe zu deren Positionen zunehmend in der Kritik. Klaus-Uwe Gerhardt, ein ehemaliger Lehrer der Schule und jetziger Stadtverordneter der Grünen, äußerte deutliche Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit von Ruber. Während Schulen das Recht haben, solche Diskussionen abzulehnen, fand dies in Obertshausen keine Anwendung.

Kritik an der politischen Bildung

Die Einbindung der AfD in Schulveranstaltungen wirft auch größere Fragen über die politische Bildung in Schulen auf. Lehrkräfte sind zusehends verunsichert, wie sie mit der AfD umgehen sollen, insbesondere im kontextuellen Rahmen des Gebots der parteipolitischen Neutralität. Der Rechtsexperte Hendrik Cremer betont, dass es wichtig ist, Schüler über die Gefahren rechtsextremer und verfassungsfeindlicher Positionen aufzuklären. Er erklärt, dass die AfD zwar demokratisch gewählt ist, jedoch nicht als demokratische Partei betrachtet werden sollte, da sie die freiheitliche demokratische Grundordnung angreift. Daher ist es für Lehrer wichtig, über die Positionen der AfD aufzuklären, ohne die Partei gleichwertig zu anderen demokratischen Parteien zu behandeln, wie [das Institut für Menschenrechte](#) anmerkt.

Politische Bildung nimmt eine zentrale Rolle in der Prävention von Rechtsextremismus ein. Der Beutelsbacher Konsens legt fest, dass Schüler nicht zu bestimmten Meinungen gedrängt werden dürfen und dass Kontroversen sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik behandelt werden müssen. Dies geschieht in einem normativen Rahmen, der die Werte der Demokratie unterstützt und sich gegen extremistische Ideologien wie die der AfD positioniert, wie in [bpb.de](#) erläutert wird.

Die Herausforderung der politischen

Bildung

Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass es einen deutlichen Bedarf an verdeckter politischer Bildung gibt, um den Herausforderungen von rechtsextremen Ideologien zu begegnen. Lehrer sind gefordert, nicht nur über Rassismus und Diskriminierung aufzuklären, sondern auch einen Raum für Diskussionen über gesellschaftliche Vielfalt und Migration zu schaffen. Eine verstärkte politische Bildung, die über Fachgrenzen hinweg agiert, wird als notwendig erachtet, um das Bewusstsein für Demokratie und Menschenrechte zu stärken.

Insgesamt verdeutlicht die Situation in Obertshausen, dass die Integration von rechtsextremistischen Themen in den Bildungsbereich nicht nur rechtliche, sondern auch ethische Dimensionen hat, die Lehrer und Schulen vor bedeutende Herausforderungen stellt.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Georg-Kerschensteiner-Schule, Obertshausen, Deutschland
Quellen	• www.op-online.de • www.institut-fuer-menschenrechte.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net